

# Denk' ich an Deutschland in der Nacht...

Von

Heiner Flassbeck

WuM, September 2005

War das ein Befreiungsschlag! Schröder befreit Deutschland von Rot-Grün, befreit sich von der Politik, befreit seine Partei von den Linken und, wer hätte das gedacht, befreit die Wähler von der Alternativlosigkeit. Plötzlich entdecken 10 bis 12 Prozent der Wahlbürger, dass es links von der SPD noch Leben gibt und scheinen tatsächlich bereit, dort ihr Kreuzchen zu machen. Das hat eine Reihe von Konsequenzen, einige davon werden uns um den Schlaf bringen.

Zwar dürfte mit dieser fundamentalen Wende in der deutschen Politik der Traum von Guido Westerwelle vom Ministeramt ausgeträumt sein, was uns ruhig schlafen lässt, zum anderen aber strebt die Republik geradewegs auf die Staatsform zu, die sie insgeheim am meisten liebt: Große Koalition, starke Regierung, keine Opposition in Bundstag und Bundesrat, endlich der rechte Platz für die Reformer in den beiden Volksparteien. Wer kann da noch schlafen?

Worauf wird sich eine große Koalition der Reformer einigen? Nun, zunächst auf den Tatbestand, der in allen Programmen von CDU und SPD in den letzten und für die kommenden Jahre schon beinahe ein Gemeinplatz ist. Die deutschen Lohnkosten sind zu hoch, insbesondere die Lohnnebenkosten erdrücken die deutsche Wirtschaft wie die Arbeitnehmer und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Wie ernst es beiden Parteien damit ist, kann man ohne weiteres an ihren Ankündigungen und ihren Aktionen ablesen. Um hier gegenzusteuern hat die CDU doch tatsächlich in der schwierigsten Binnenmarktsituation seit 50 Jahren fest vor, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SPD hat die Grenze von 20 Prozent Lohnnebenkosten schon seit Jahren zum Dogma erhoben, weil sie glaubt, in der Begrenzung der gefährlichen Lohnnebenkosten die zentrale Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung gefunden zu haben.

Die dem zugrunde liegende These ist einfach und scheinbar so unmittelbar einleuchtend, dass auch nichts ahnende Politiker sie jederzeit nachvollziehen können: Die Arbeitskosten steigen wegen der Kosten des Sozialstaates (in Form der berühmten Lohnnebenkosten) stärker als es wirtschaftlich, d. h., für die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes, vertretbar ist. Die Nachfrage nach Arbeit ist deswegen nicht ausreichend groß, um Vollbeschäftigung herzustellen.

Wenn ein Politiker aber seine drei Sinne noch beisammen hat, muss er doch fragen, welchen empirischen Befund man vorfinden muss, wenn diese These auch wirtschaftspolitisch zu vernünftigen Schlussfolgerungen und positiven Ergebnissen führen soll? Offenbar müssten dann die gesamten Arbeitskosten einschließlich der Lohnnebenkosten in den Zeiträumen, in denen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, real (also unter Berücksichtigung der gleichzeitig eingetretenen Preissteigerungen) weit stärker gestiegen sein, als es der Zunahme der Produktivität der Arbeit entspricht. Konkret, es müsste sich zeigen lassen, dass zwar die von den Tarifpartnern ausgehandelten Löhne der Produktivitätsregel gefolgt sind, nicht aber die vom Staat induzierten Lohnnebenkosten. Diese besondere Belastung der Unternehmen durch

den Sozialstaat müsste sich in einer offenen Volkswirtschaft in einem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit wegen einer im internationalen Vergleich hohen Preissteigerung und damit in einer dauerhaften Schwäche der Währung niederschlagen.

Gibt es einen solchen empirischen Befund für Deutschland? Einen Befund, der in diese Richtung geht, gab es in Westdeutschland zuletzt Anfang der 70er Jahre, also vor 30 Jahren. Für Ostdeutschland findet er sich - ebenfalls für die gesamten Arbeitskosten- in den ersten Jahren nach der Vereinigung. Seit Anfang der 80er Jahre sind die realen Arbeitskosten in Westdeutschland praktisch immer hinter der Zunahme der Produktivität zurückgeblieben, die Lohnquote ist fast durchgängig gefallen.

Im internationalen Vergleich sind die gesamten Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität in Deutschland immer nur äußerst moderat gestiegen, was sich direkt in der Statistik, indirekt auch an der durchgängig hohen Bewertung der D-Mark und später des Euro ablesen lässt. Hinzu kommt aktuell, dass Deutschland unglaubliche Exporterfolge feiert und der Binnenmarkt am Boden liegt. In diesem Jahr wird Deutschland trotz weiter vorhandener ostdeutscher Exportschwäche mit 110 Mrd. \$ in diesem Jahr den zweitgrößten Leistungsbilanzüberschuss aller Länder der Erde aufweisen. Nur der japanische Überschuss ist noch größer; China, vor dem sich alle fürchten, fällt mit nur 70 Mrd. dagegen deutlich zurück.

Es gibt folglich keinerlei Beleg für die These, die Löhne oder/und die Lohnnebenkosten seien in Deutschland zu hoch. Genau das Gegenteil ist richtig. Daraus wiederum folgt, dass eine große Koalition, die sich vor allem darauf kapriziert, die Lohnkosten zu senken und die Lohnnebenkosten in Schranken zu halten, vollkommen an den relevanten Zusammenhängen vorbei operiert. Ein Chirurg, der das falsche Bein amputiert, wird gefeuert, Politiker, die über Jahrzehnte an einer Diagnose festhalten, die hundert Mal von der Statistik widerlegt wurde, dürfen immer wieder von Neuem an Patienten herumpfuschen.

Das heißt, ob mit großer oder kleiner bürgerlicher Koalition, ob mit oder ohne SPD, am falschen Programm der neuen Regierung geht aus heutiger Sicht kein Weg vorbei. Man wird so weitermachen wie in den letzten sieben Jahren und am Ende der nächsten Legislaturperiode im Jahre 2009 wird Deutschland vor einem großen Scherbenhaufen stehen. Unvorstellbare dreißig Jahre werden dann diverse Regierungen damit zugebracht haben, das Land zu Tode zu reformieren. Alle nur getrieben von dem schlichten Vorurteil, dass man nicht mehr so weitermachen könne wie bisher und der Wohlfahrtsstaat das Größte aller Übel ist.

Mir persönlich, dank Wohnsitz in Frankreich, bleibt immerhin das tröstliche Ende von Heinrich Heines Nachtgedanken: Gottlob! Durch meine Fenster bricht französisch heitres Tageslicht; es kommt mein Weib, schön wie der Morgen, und lächelt fort die deutschen Sorgen.